



Ausgabe 01/2014

ES BLEIBT DABEI: EINE SCHULE FÜR ALLE !

Nicht 8 Jahre Gymnasium und auch nicht 9 Jahre - die richtige Forderung ist: Eine Schule für alle!

Eine Volksinitiative „G9-jetzt-HH“ hat fast 17.000 Unterschriften gesammelt für eine Rückkehr zu einem neun Jahre dauernden Unterricht am Gymnasium, also zu einem Abitur nach der Klasse 13. Möglicherweise kommt es parallel zu den Bürgerchaftswahlen im Jahre 2015 zu einem Volkentscheid in dieser Frage. Die Initiatoren beklagen zu Recht, dass das „Turbo-Abitur“ nach acht Jahren Unterricht am Gymnasium eine wirklich breite Bildung verhindert. Bildung braucht Zeit. Nach einer repräsentativen Umfrage des *Stern* befürwortet auch eine große Mehrheit der Deutschen 13 Schuljahre bis zum Abitur.

Die Schlussfolgerungen, die die Initiatoren der Volksinitiative daraus ziehen, gehen aber in die falsche Richtung. Es gibt in Hamburg die Möglichkeit, nach neun Jahren das Abitur abzulegen: an der Stadtteilschule. Diese Eltern könnten also ihre Kinder dort anmelden. Das wollen sie aber nicht, weil sie offenbar das Bildungsprivileg, also den Vorteil, den sie sich für ihre Kinder aus dem Besuch des Gymnasiums gegenüber Kindern, die die Stadtteilschule besuchen, versprechen, erhalten wollen. Das ist egoistisch und unsozial. Die Initiatoren der Volksinitiative erkennen auch nicht den wesentlichen Grund

der Verkürzung der Ausbildungszeit in Schule und Hochschule. Die Unternehmer drängen darauf, dass die jungen Leute früher in den Beruf kommen. Denn ihren Profit ziehen sie aus der Tätigkeit von abhängig Beschäftigten. Je früher diese in den Betrieb kommen und je länger sie dort bleiben, desto mehr Profit können die Unternehmer daraus



ziehen. Natürlich sollen die Beschäftigten qualifiziert sein. Aber unter Qualifikation verstehen die Unternehmer im Betrieb verwertbares Wissen, nicht eine umfassende allgemeine Bildung.

Das Hamburger Zwei-Säulen-Modell mit Stadtteilschule und Gymnasium soll beides leisten: eine hohe verwertbare Qualifikation aller abhängig Beschäftigten vom Facharbeiter bis zum wissenschaftlich Ausgebildeten und zugleich die Stabilisierung der gesellschaftlichen Spaltung in oben und unten durch die Erhaltung des Gymnasiums. Wer das nicht erkennt oder sich aus egoistischen Gründen an dieser unsozialen Schulpolitik beteiligt, soll sich nicht über Missstände und Fehlentwicklungen innerhalb dieses

von Grund auf falschen Systems beklagen.

Wenn das zehnjährige Moratorium zur Schulstruktur in Hamburg, auf das sich die bürgerlichen Parteien von der CDU über FDP und Grüne bis zur SPD geeinigt hatten, nun von konservativer Seite aufgekündigt wird, Sollte es gerade für die Linken Zeit sein, die Diskussion über eine gemeinsame Beschulung aller Kinder wieder aufzunehmen.

Die „Eine Schule für alle“ will allen Kindern und Jugendlichen eine breite, allgemeine Bildung zukommen lassen. Auch in einer solchen Schule wird noch um das richtige pädagogische und didaktische Konzept gerungen werden müssen, das allen Schülerinnen und Schülern ein differenziertes und individuelles Lernen ermöglicht: selbstverständlich in der dafür notwendigen Zeit. Die Überwindung der Trennung in Stadtteilschule und Gymnasium ist aber der notwendige erste Schritt.



Energienetze in städtischer Hand ???

UNSER
HAMBURG
UNSER
NETZ

JA zu 100%

Im vergangenen Jahr haben die Hamburger dafür abgestimmt, dass die Netze zur Versorgung der Stadt mit Energie in städtische Hand kommen sollen einschließlich demokratischer Kontrolle. Dieses ist bemerkenswert weil die Rathaus-Parteien SPD, CDU, GRÜNE und FDP zusammen mit dem privaten Energieversorger Vattenfall eine Materialschlacht gegen die Bürgerinitiative führten.

Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz teilte der Öffentlichkeit mit, er werde das Ergebnis der Abstimmung respektieren und umsetzen.

Im Januar 2014 schlossen Vattenfall und die Hamburger Vermögens Holding einen Kaufvertrag über das Strom und Gasnetz. Das Fernwärmenetz soll erst 2019 durch die Stadt übernommen werden.

Leider ist damit das Ziel des Volksentscheide nicht erreicht worden, denn der Senat will zum Ende des Jahres ein Ausschreibungsverfahren zum Erwerb des Energienetzes durchführen.

Dann können alle Interessenten sich gegenseitig überbieten, der Meistbietende wird wohl der neue Besitzer des Energienetzes in Hamburg sein.

Ist dieses Vorgehen eine Hintertür, mit dem Herr Scholz als Bürgermeister den Volksentscheid formal umsetzen, aber letzten Endes doch den Energiemonopolen dienen kann?

Die DKP ist dafür: das Energienetz muss in staatlicher Hand sein, denn es soll nicht den profitorientierten Monopolen dienen.

Der unerklärte Krieg

Millionen sind unterwegs

Vor Lampedusa ertranken im Jahr 2012: 1.700 Flüchtlinge. Das sind die Zahlen die bekannt wurden. In Wirklichkeit ist es eine Vielzahl mehr von Frauen, Männern, Kindern die ihr Leben lassen mussten um Not, Elend, Krieg, Vertreibung zu entgehen. Gerade wir Deutsche sollten auf dem Hintergrund des Ergebnisses des 2. Weltkriegs wissen, wie wichtig eine gesicherte Zuflucht ist. Denn niemand verlässt so ohne weiteres das Land in dem er geboren wurde, sich sprachlich verständigen kann und in die Kultur des Landes eingebunden ist in der Hoffnung, in einem fremdem Land ein einigermaßen erträgliches und gesichertes Leben führen zu können. Sie lassen Familie, Freunde, ihre Geschichte zurück, und machen sich auf den Weg.

Trotz aller Verschärfungen und trotz der Milliarden Euro, die mittlerweile in die Grenzsicherung gesteckt wurden, lässt sich die Migration nicht wirklich aufhalten. Wer nichts zu verlieren hat, riskiert alles.

Worin liegen die Ursachen für die Flüchtlingsströme?

Die meisten Fluchtursachen gehen direkt oder indirekt auf die reichen Industriestaaten zurück. Denen geht es darum, Rohstoffe und Arbeitskräfte auch weiterhin auszubeuten und ihre geostrategischen Positionen durchzusetzen. Es geht um Nahrungsmittelspekulationen und Nahrungsmittelsubventionen, die zum Niedergang der einheimischen Wirtschaft führen. Das führt u.a. zu sozialen und territorialen Konflikten, die oft ethnisch oder religiös begründet werden.

Die Imperialisten wollen für die Folgen ihrer Politik nicht geradestehen

Anstatt dass sie sich die Ursachen der Flüchtlingswellen eingestehen, anstatt die Konsequenzen zu erkennen und menschenwürdige Lösungen zu finden, riegeln sie Europa wie eine Festung ab. Frontex und EUROSUR werden installiert, um die europäischen Grenzen „sauber“ zu halten nach dem Motto „Europa den Europäern, der Reichtum aller Welt nach Europa, Armut und Elend für den Rest der Welt.“

Migration lässt sich nicht aufhalten

Diejenigen, die trotz alledem den Weg ins Innere der „Festung Europa“ schaffen leben hier, in Bergedorf sind es über 1.000 Menschen, unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen, werden in Lager gesteckt, mit Arbeitsverbot belegt, vom „Rest der Gesellschaft“ isoliert. Ihnen wird der Auf-

enthalt so ungemütlich wie möglich gemacht, um sie damit zur Rückkehr zu drängen. Sie werden oft als Flüchtlinge nicht anerkannt sondern nur geduldet und die meisten werden bei Nacht und Nebel wieder abgeschoben. Zusätzlich werden sie als Manöveriermasse von Politikern missbraucht. „Seht her! Da gibt es welche, denen es noch schlechter geht als euch. Wir schließen sie zu eurem Wohl aus“. So wird auch die Prekarisierung der hiesigen Lohnabhängigen gerechtfertigt.

Migration ist Menschenrecht

Das Flüchtlings- und Migrationsproblem lässt sich weder durch Militäreinheiten an den Grenzen Europas noch durch Quotenregelung für Einwanderer lösen.

- Nicht Kampf gegen die „Illegalen“, sondern gegen ihre Illegalität steht auf der Tagesordnung.
- Nicht Abwehr der Flüchtlinge, sondern Bekämpfung der Fluchtursachen sind das Gebot der Stunde.
- Nicht Abschottung und Verteidigung von „Privilegien“ gegen die noch Ärmern, sondern gewerkschaftliche und politische Organisation der Einwanderer, gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte für alle, weisen eine Perspektive.
- Nicht Nationalismus und Festungsmauern, sondern Solidarität mit allen hier lebenden Flüchtlingen ist erforderlich.
- Wir fordern mit ihnen das Recht zu Bleiben, das Recht auf Arbeit um sich und ihre Familien zu ernähren, das Recht auf Bildung, Wohnung und medizinische Versorgung.

Denn: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Notstand in Hamburg

Gefahrengebiete für wen?

Im Nachgang einer Demonstration für den Erhalt des Kulturzentrums rote Flora die sich damit gegen Spekulationen von Wohnungen und kulturellen Einrichtungen wandte sowie für das Aufenthaltsrecht der Lampedusaflüchtlinge in Hamburg eintrat wurden große Teile von Altona, St. Pauli und Eimsbüttel zu Gefahrengebiete erklärt.

Gebiete in denen tausende Menschen wohnen konnte die Polizei jede und jeden dessen Nase oder Aussehen nicht in ihre Vorstellung passte kontrollieren, die Personalien feststellen, Rücksäcke, Taschen, Einkaufstüten untersuchen, Platzverweise erteilen. Ein gigantischer polizeilicher Sicherheitsapparat wurde in Bewegung gesetzt um den bestehenden und aufkeimenden Widerstand gegen die unmenschliche Flüchtlingspolitik, gegen die Gentrifizierung des Senats im Keim zu ersticken.

Es muss nicht immer eine Demonstration größeren Ausmaß erhalten um ein Gefahrengebiet einzurichten, viele Bergedorfer vor allem junge Menschen kennen das

noch, denn auch in Bergedorf waren lange Zeit einige Straßenzüge, wegen angeblicher erhöhter Kriminalität, von der Polizei zu Gefahrengebieten erklärt worden mit den gleichen Folgen wie willkürliche Kontrolle usw.

Auf welcher Grundlage können die persönlichen Rechte eingeschränkt werden?

Grundlage für das Vorgehen der Polizei bildet das „Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung“ vom 16. Juni 2005, das die CDU-Bürgerschaftsfraktion als „schärfstes Polizeigesetz in Deutschland“ feierte. Mit diesem Gesetz wird jegliche demokratische Kontrolle durch die Bürgerschaft oder durch Richter außer Kraft gesetzt. Alleine die Polizei entscheidet wann und wo, wie lange die Sicherheit und Ordnung (von wem eigentlich) gefährdet ist, die bürgerlichen Rechte außer Kraft gesetzt werden.

Was hat dieses Gesetz in einer bürgerlichen Demokratie zu suchen?

Die bürgerliche Demokratie mit all ihren schönen Seiten (Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, usw.) ist die Lieblings-Regierungsform

des Kapitals. Aber nur, solange diese nicht gegen die Interessen des Kapitals eingesetzt werden. Wenn die ökonomische Lage (Krise!!) zur Sicherung der Profite zu Einschränkungen für die Lohnabhängigen führt und diese aufzumucken drohen, wird die bürgerliche Demokratie Schritt für Schritt abgebaut: von Polizeigesetzen (Gefahrengebiet) bis zum Einsatz der Bundeswehr im Innern und zu den Notstandsgesetzen, die seit Jahrzehnten in der Schublade liegen.

Das Polizeigesetz ist daher ein Instrument das bei weiterer Verschärfung der kapitalistischen Krise und den zu erwartenden zunehmenden Protesten, Streiks usw. schnell und ohne Mandat des Parlaments zur Sicherung des Kapitals eingesetzt werden kann.

Das Einrichten von Gefahrengebieten ist daher nur ein Test wie die Bevölkerung mit Hilfe der Medien an einen Ausnahmezustand gewöhnt werden kann. Der massive anhaltende Protest der mit vielfältigen Ideen auf die Straße getragen wurde zwang die Polizeiführung und damit den Senat diese Maßnahmen schleunigst zurück zu nehmen. **Jetzt gilt es dieses Gesetz zu Fall zu bringen.**

Uli Hoeneß, ein Arbeitsloser und ein Schwarzfahrer

Es gibt doch eine Gerechtigkeit. Aber welche?

Tja, mit der Gerechtigkeit ist das so eine Sache – Politik und Presse jubeln derzeit, dass es in Deutschland doch noch eine Gerechtigkeit gebe, weil der Steuerhinterzieher Uli Hoeneß, der zugegeben hat, den Staat um mindestens 27 Millionen Euro betrogen zu haben, zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Wobei das bei der Summe ja ein echtes Schnäppchen ist – das sind pro Jahr Knast etwa 7,7 Millionen Euro, da muss ne alte Oma lange für stricken. Ein normaler Mensch braucht jedenfalls mehrere Arbeitsleben, um eine solche Summe zusammen zu schufteln – und noch mehr, um eine solche Summe an Steuerschulden aufzuhäufen.

Dabei kann man Haftstrafen auch schon sehr viel billiger bekommen, es reicht eigentlich schon, wenn man als Arbeitsloser Lebensmittelgutscheine fälscht und damit einkauft. Da kann man schon mal 21 Monate einfahren – offenbar braucht es nach Ansicht der deutschen Gerichte ein ähnliches Maß an krimineller Energie, sich die tägliche Ernährung zu erschleichen, wie Millionenbeträge vor dem Finanzamt zu verstecken. Keinen Spaß verstehen die deutschen Behörden auch mit Schwarzfahrern – im vergangenen Jahr wurde ein 16-jähriger (!!!) zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten verurteilt, weil er immer wieder ohne Fahrschein erwischt wurde.

Also merke: Wenn schon kriminell, dann lieber gleich die ganz großen Dinger, denn die deutsche Justiz räumt großzügigen Mengenrabatt ein. Denn es geht ja nicht in erster Linie um die Herstellung von Gerechtigkeit, was immer das überhaupt sein soll. Sondern darum, den Leuten zu zeigen, wo der Hammer hängt. In einem System, das darauf angewiesen ist, dass die Leute jeden Tag in die Hände spucken und auch für einen Niedriglohn so richtig ranklotzen, kann es natürlich nicht sein, dass die einen sich krumm legen, um ihren Einkauf an Billiglebensmitteln beim Discounter selbst bezahlen zu können, während sich die anderen einfach Lebensmittelgutscheine ausdrucken. **Da geht es ums Prinzip. Und weil es ums Prinzip geht, ist die Strafe auch härter. Und das ist total gerecht.**

Ein Kommentar von modesty (entnommen U Z vom 16.03.2014)

"Fuck the EU"

Die US-Diplomatin Victoria Nuland, von der diese wenig schmeichelhafte Äußerung über die EU stammt, ärgert es, dass die vereinten europäischen Banker und Monopolkapitalisten den US-amerikanischen Konkurrenten Schwierigkeiten bereiten. Genauso könnten die Lohnabhängigen in Deutschland und in Europa „Scheiß-EU“ schimpfen. Denn die europäischen Konzerne versuchen sich gegenüber der Konkurrenz in den USA, Japan und China Vorteile herauszuholen, indem sie hier Löhne und Sozialleistungen kürzen, um ihre Produkte billiger als diese anbieten zu können.

Nichts anderes ist der Zweck der sogenannten europäischen Vereinigung. Die Regierungen der 28 EU-Mitgliedsländer haben im Auftrag und Interesse ihrer Banken und Konzerne die EU gegründet oder sind ihr später beigetreten. Alles andere ist schmückendes Beiwerk und gilt nur solange, wie der Hauptzweck – die Öffnung von Märkten und das Niederkonkurrieren außereuropäischer Konkurrenz – nicht beeinträchtigt wird. Jetzt wird das EU-Parlament neu ge-

wählt. In seiner Selbstdarstellung behaupten die Parlamentsvertreter, dass „das Europäische Parlament zu einem mächtigen Mitgesetzgeber geworden“ ist. „Mitgesetzgeber“ ist ein verräterisches Wort. In den entscheidenden Fragen haben sich die Regierungen als die Interessenvertreter ihrer Banken und Konzerne das entscheidende Wort vorbehalten. Sie ernennen auch die Kommission und deren Präsidenten, also so etwas wie die Regierung der EU. In gewöhnlichen bürgerlichen Demokratien macht dieses das Parlament. Dass auch in den Fragen, über die das Parlament abstimmen darf, keine „falschen“ Entscheidungen getroffen werden, also solche, die gegen die Interessen der Kapitalisten verstoßen, dafür sorgen die Fraktionen des Europa-Parlaments, in denen die deutschen Abgeordneten von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen aufgehoben sind. Wer der Politik der vereinten europäischen Banker und Monopolkapitalisten etwas entgegensetzen will, muss dieses außerhalb des Parlaments tun. Ein schönes Beispiel ist die Abwehr der EU-Richtlinie „Port Package II“. Unter dem Deckmantel, Konkurrenz in der Hafengewirtschaft zu ermöglichen,

sollte Lohndumping ermöglicht werden und damit Druck auf die über Jahrzehnte erkämpften Löhne und Sozialstandards in den Mitgliedsländern ausgeübt werden. Die geplante Richtlinie stieß auf heftige Gegenwehr bei Hafenarbeitern und Gewerkschaften in ganz Europa. Unter diesem Druck wurde sie schließlich im EU-Parlament abgelehnt.

Wenn die DKP bei den Wahlen zum Europa-Parlament kandidiert, dann nicht, weil sie glaubt, dass man über das Parlament die ganz und gar banken- und konzernabhängige EU darüber reformieren kann. Es ist aber möglich, über das Parlament die Anschläge der Kapitalbesitzer und –verwalter auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen öffentlich zu machen und außerparlamentarische Kämpfe medienwirksam zu begleiten. Ihre Hauptaufgabe sieht die DKP in der Unterstützung der außerparlamentarischen Kämpfe. Wir wollen aber daneben jede Möglichkeit nutzen, um über die Hintergründe im Kampf zwischen den Vertretern der Banken und Konzerne und den Lohnabhängigen, zwischen Kapital und Arbeit, aufzuklären.

Wählt DKP!

30 Stunden sind genug! Runter mit den Stunden!

**Die DKP fordert Arbeitszeitverkürzung mit vollen Lohn- und Personalausgleich jetzt
Wir brauchen die 30-Stunden-Woche,**

- weil sie den Erhalt bestehender Arbeitsplätze sichert und die Schaffung neuer Arbeitsplätze befördert.
- weil sie unwürdigen Arbeitsverhältnissen und Lebensbedingungen noch kein Ende setzt, aber ein Schritt zur Humanisierung der Arbeit setzt.
- weil sie der Jugend eine Perspektive gibt.
- weil sie die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau fördert.
- weil sie Zeit für Erholung schafft und uns hilft, unsere Gesundheit und damit unsere Arbeitskraft besser zu erhalten.
- weil sie uns Zeit gibt, über unsere eigenen Interessen nachzudenken und uns dafür einzusetzen.

**Wir haben die Positionen der DKP zur Arbeitszeitverkürzung in einer kleinen Broschüre dargelegt.
Bei Interesse kann die Broschüre bei der DKP Gruppe**

Hamburg-Bergedorf angefordert werden: dkp-bergedorf@t-online.de oder Tel. 0176 69 33 33 98

